

Wahlaussagen zur Gemeindewahl Malsfeld

Die GL möchte sich aktiv und in engem Kontakt mit dem Bürger an der Gemeindepolitik beteiligen. Nachfolgend ist der Standpunkt der GL zu einigen Themen des diesjährigen Wahlkampfes kurz aufgeführt.

- **Kanalisation.** Der Bauzeiten- und Finanzierungsplan (Stand August 1992) sieht vor, bis einschließlich 1998 jährlich durchschnittlich 1,2 Mio. DM auszugeben. Es verbleibt danach noch ein weiterer Finanzierungsbedarf in Höhe von 9,3 Mio. DM. Bei der Abschätzung der noch entstehenden Gesamtkosten (= 16,5 Mio. DM) ist man von relativ günstigen Annahmen bezüglich des Zustandes der Altkanäle ausgegangen. Wahrscheinlich werden die Kosten technisch bedingt und durch die Preissteigerung noch wesentlich höher ausfallen. Wenn die mittlere jährliche Ausgaberate von 1,2 Mio. DM beibehalten wird, wird sich die Fertigstellung der Abwasseranlage noch mindestens 20 Jahre hinziehen.

Für die betroffenen Ortsteile Beiseförth, Dagobertshausen, Mosheim, Ostheim und ihre Bürger bedeutet das eine schwerwiegende Benachteiligung.

Die GL fordert einen neuen Bauzeitenplan mit einer jährlichen Ausgaberate von mindestens 2 Mio. DM, damit alle Ortsteile in einem zumutbaren Zeitraum angeschlossen werden können. Auf die Errichtung anderer prestigeträchtiger Großprojekte muß bis zur Fertigstellung der Abwasseranlage verzichtet werden!

- **Dorfentwicklung.** Es muß dafür gesorgt werden, daß die Verzögerungen beim Kanalisationsbau die Dorfentwicklung so wenig wie möglich bremsen. In Beiseförth muß sich die Gemeinde weiter intensiv um den Ausbau der Brückenstraße/Brunnenstraße bemühen. Hier gilt es, Gefahrenpunkte zu beseitigen und die Belästigung der Anwohner aufgrund der unebenen Fahrbahndecke zu reduzieren.

Mosheim muß umgehend in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen werden, danach auch Dagobertshausen, Ostheim und Sipperhausen. In Mosheim muß die desolate Unterbringungssituation der Feuerwehr sofort

verbessert werden! Dazu bietet sich die Nutzung der "Breuer'schen" Scheune an, die in ihrem jetzigen Zustand ein Sicherheitsrisiko für die Anwohner darstellt. Sollte Mosheim nicht in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen werden, ist der Abriß der Scheune und der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses durchzusetzen.

In Sipperhausen muß die Neugestaltung des Dorfplatzes geplant und vorbereitet werden, so daß nach Fertigstellung der Kanalisation (voraussichtlich 1996) umgehend mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Die GL setzt sich für die Bereitstellung preisgünstigen Baugeländes ein. In Beiseförth muß ein neues Baugebiet ausgewiesen werden, in Dagobertshausen sollten die 2 Bauplätze gegenüber dem Bolzplatz zur Bebauung freigegeben werden.

- **Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.** Damit kann nicht gewartet werden, bis die Abwasseranlage in allen Ortsteilen fertiggestellt ist. Vieles kann und muß sofort in Angriff genommen werden. Dringend erforderlich sind Bürgersteige (z.B. in Beiseförth, Dagobertshausen, Ostheim, Mosheim), bessere Beleuchtung, verkehrstechnische Maßnahmen zur Reduzierung der Kfz-Geschwindigkeit (z.B. in Elfershausen), Entschärfung von gefährlichen Kreuzungen und Ecken (z.B. "Linß-Ecke" in Malsfeld). Ein besonderes Problem besteht in Mosheim, wo der LKW-Zubringerverkehr zur Gärtnerei durch eine Wohnstraße (Weidenfeldstraße) erfolgt. Hier muß eine benutzbare Zufahrt von der Landstraße aus geschaffen werden. Außerdem muß durch innerörtliche Hinweisbeschilderung jedes unnötige Herumfahren ortsunkundiger Lieferanten vermieden werden.

- **Autobahnzubringer.** Eine Verbindung Pfieffewiesen - BAB Ostheim bringt nach Ansicht der GL wenig Nutzen. Erst eine durchgehende Verbindung bis zum Waberner Kreuz würde den Verkehrsanschluß nach Westen bringen. Das aber läßt sich in absehbarem Zeitraum nur über Gensungen verwirklichen. Von daher bleibt nur die Wahl, auch den östlichen Anschluß über Melsungen zu verbessern.

Aus ökologischen Gründen verbietet es sich, die Malsfelder Gemarkung als noch weitgehend intakten Naturraum durch eine neue Trassenführungen zu zerschneiden.

Zum Zeitplan: nach Aussagen der SPD würde ein Autobahnzubringer nicht vor 2010, nach Meinung der CDU nicht vor 2015 gebaut werden. Wichtig wäre aber eine Verbesserung der Verkehrssituation sofort, spätestens nach Fertigstellung des Containerbahnhofes. Das läßt sich nur durch einen Ausbau der bestehenden Straßen erreichen. Über die langfristige Bedeutung des Containerbahnhofes läßt sich gegenwärtig nur spekulieren. Im Bundesverkehrswegeplan ist er als Güterverkehrszentrum jedenfalls nicht verzeichnet.

- **Ortsumgehung Ostheim.** Die Ortsdurchfahrt Ostheim ist für Anwohner und Verkehrsteilnehmer lebensgefährlich. Eine Verbesserung der Situation durch einen Autobahnzubringer im Jahre "St. Nimmerlein" in Aussicht zu stellen, ist unredlich. Die GL fordert eine Ortsumgehung, mindestens aber eine deutliche Verbesserung der Ortsdurchfahrt mit Beseitigung der Gefahrenpunkte.

- **Klärschlamm.** Diese Problematik wurde von den Malsfelder Gemeindeoberen bisher nur unter Inkaufnahme "persönlicher Blessuren" bewältigt. Ein Haushaltsansatz von 70.000 DM/Jahr macht deutlich, daß man den Umfang des Problems bis heute nicht erkannt hat. Fakt ist, daß nach der neuen TA "Siedlungsabfall" eine Deponie von Klärschlamm verboten sein wird. Es besteht dann nur noch die Wahl zwischen Verbrennung und landwirtschaftlicher Verwertung. Da die Möglichkeit zur Verbrennung in unserem Fall in absehbarer Zeit nicht gegeben sein wird, bleibt nur der Einsatz in der Landwirtschaft. Naturwissenschaftlich ist diese Verwendung sauberen Klärschlammes zu begrüßen, gesellschaftspolitisch ist sie unerwünscht. Sie ist nur durchsetzbar bei Übernahme aller verbleibenden Restrisiken durch die Kläranlagenbetreiber. D.h., die Gemeinde Malsfeld muß dieses Risiko übernehmen und sich dagegen absichern. Für den Bürger wird die Klärschlamm Entsorgung auf jeden Fall wesentlich teurer als bisher. Das muß ihm endlich mal gesagt werden!

- **Maßnahmen zum Umweltschutz.** Zum Schutz der Umwelt fordert die GL die Errichtung eines für jedermann zugänglichen Kfz- und Maschinenwaschplatzes mit Ölabscheider. Dieser sollte zunächst als Pilotprojekt in einem Ortsteil des Hochlandes errichtet werden. Bei Bewährung sind ähnliche Einrichtungen auch in den anderen Ortsteilen anzustreben.

Zur Vermeidung möglicher Grundwassergefährdungen sollten die Hydraulikanlagen der gemeindeigenen Maschinen mit Hydrauliköl auf Rapsbasis ausgerüstet werden.

- **Pflege vorhandener Einrichtungen.** Die Pflege der in der Gemeinde vorhandenen Einrichtungen läßt gegenwärtig oftmals zu wünschen übrig (Kinderspielplätze, Blumenbeete, Rasenflächen). Für eine pünktliche und ordentliche Erledigung der Instandhaltungs- und Pflegemaßnahmen muß in Zukunft verstärkt Sorge getragen werden. Dabei sollte geprüft werden, inwieweit Pflege-Patenschaften an interessierte Vereine oder Bürger übertragen werden können.

Es muß generell eine bessere Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen angestrebt werden.

- **Ortsteil-Kasse.** Auf längere Sicht muß versucht werden, die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern, daß Ortsvorstehern das Verfügungsrecht über eine "Ortskasse" eingeräumt werden darf. Sie sollen damit schnell und unbürokratisch auf Unvorhergesehenes reagieren können oder kleinere Kosten begleichen, die im Zusammenhang mit privaten Pflege-Patenschaften oder in der Zusammenarbeit mit den Vereinen entstehen.

- **Öffentlicher Personen Nah-Verkehr.** Die derzeitige ÖPNV-Anbindung der OT ist völlig unzureichend. Insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind davon betroffen. Die GL setzt sich für einen Ausbau der Busverbindungen nach Melsungen und Homberg ein.

..

GL - Gemeinschaftsliste

Eine starke Gemeinschaft